

ORDEN POUR LE MÉRITE  
FÜR WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE

REDEN UND GEDENKWORTE

ELFTER BAND  
1972/73

VERLAG LAMBERT SCHNEIDER · HEIDELBERG

REDE VON  
THEODOR ESCHENBURG

## THEODOR ESCHENBURG

### DIE ENTSCHEIDUNG DER WEIMARER NATIONALVERSAMMLUNG ÜBER DEN VERSAILLER FRIEDENSVERTRAG IM JUNI 1919

Am 7. Mai 1919 waren die alliierten Friedensbedingungen, 440 Artikel, der deutschen Delegation in Versailles mit einer fünfzehntägigen Frist zur Beantwortung übergeben worden. Auf die Bedingungen hatte sich der Viererrat – Wilson, Clémenceau, Lloyd George und Orlando – in dreimonatigen Geheimverhandlungen mit äußersten Solidaritätsanstrengungen geeinigt.

An territorialen Abtretungen wurde im wesentlichen gefordert: Elsaß-Lothringen, das ostpreußische Memelland, Oberschlesien, der größte Teil Westpreußens und Posens. Ostpreußen wurde durch einen polnischen Korridor vom Reich getrennt, Danzig als mit Polen wirtschaftlich verbundener Freistaat dem Völkerbund unterstellt und für fünfzehn Jahre das Saargebiet in wirtschaftlicher Bindung an Frankreich. Volksabstimmungen waren in Teilen Ost-, Westpreußens und Schleswig-Holsteins vorgesehen. Die Kolonien wurden nicht zurückgegeben. Die drei Zonen des linksrheinischen Gebietes sollten auf mindestens fünf, zehn und fünfzehn Jahre, aber nur im Falle vol-

ler Vertragserfüllung, besetzt bleiben. Der Anschluß Österreichs wurde faktisch verboten, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Die Höhe der Reparationen sollte bei außerordentlich großen Vorauszahlungen von einer interalliierten Kommission erst nach Abschluß des Friedensvertrages festgelegt werden. Eine weitgehende Entwaffnung wurde verlangt. Dazu kamen die beiden sogenannten Ehrenklauseln, nämlich einseitige Anerkennung der Kriegsschuld und Auslieferung des ehemaligen Kaisers wie der sogenannten Kriegsverbrecher zur Aburteilung durch interalliierte Gerichte.

An Wilson und seine vierzehn Punkte, die Grundlage des Friedensvertrages sein sollten, klammerten die Deutschen ihre Hoffnung. Chance und Maßstab der Alliierten war die militärische Niederlage Deutschlands mit der Folge eines Waffenstillstandsabkommens, das es an der Wiederaufnahme des Krieges hinderte. Um den deutschen Wunschtraum zu erfüllen, hätte Wilson seinen Bundesgenossen den Frieden diktieren müssen. Aus Solidaritätsschwäche diktierten diese dem Reich den Frieden und verweigerten mündliche Verhandlungen über die Bedingungen. Die deutsche Regierung und Friedensdelegation wußten in ihrer internationalen Isolierung kaum etwas über die unterschiedliche Einstellung der großen Vier, über den Gang der Verhandlungen, über das Wie und Warum der Bedingungen.

Die Regierungskoalition mit einer fast Vierfünftelmehrheit bestand aus katholischem Zentrum, linksliberalen Demokraten und Sozialdemokraten. Nicht in der Nationalversammlung, aber an der Basis im Hinblick auf Wahlen konnte die Opposition den Regierungsparteien gefährlich werden, von rechts die konservative Deutschnationale und rechtsliberale Deutsche Volks-

partei, vor allem den Demokraten, von links her die Unabhängigen Sozialisten, die USPD, der Sozialdemokratie. Dadurch wirkten sie auf deren Fraktionspolitik ein. Die linken Radikalen, zu denen auch die kleine, aber äußerst aktive Kommunistische Partei außerhalb des Parlaments gehörte, warfen der SPD vor, daß sie die revolutionäre Entscheidungssituation, besonders was die Demokratisierung von Verwaltung und Heer und was Sozialisierung anging, nicht genutzt hatte. Im Gegenteil, die SPD hatte zur Bekämpfung von Unruhen und Aufständen militärische Formationen aus der kaiserlichen Armee unter ihrem Reichswehrminister Noske eingesetzt.

Die Sozialdemokraten verstanden sich »als Nothelfer in einer nationalen Krise, nicht als Führer einer Revolution«. Das gemeinsame Ziel der sehr heterogen zusammengesetzten Koalition war, zunächst so schnell als möglich eine legale demokratische Basis zur Wiederherstellung innerer Ordnung und außenpolitischer Aktionsfähigkeit Deutschlands zu schaffen, die Reichseinheit gegen Bedrohung von innen und außen zu wahren. Groß war die Angst vor dem Bolschewismus, auch bei der Sozialdemokratie.

Das Reichsministerium, die provisorische Bezeichnung der Regierung, bestand aus sieben Sozialdemokraten, je drei Demokraten und Zentrumsabgeordneten sowie dem parteilosen Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau. Ohne Stimmrecht gehörten dem Kabinett der preußische Kriegsminister General Reinhardt und der Chef der Admiralität an. Bei der labilen Situation, schon durch die Verlegung der Nationalversammlung von Berlin nach Weimar gekennzeichnet, war die Regierung auf diesen militärischen Schutz schlechthin angewiesen. Noch saß in Kolberg die oberste Heeresleitung unter Hindenburg. Deren eigentlicher Chef war General Groener.

Der Reichsministerpräsident Scheidemann, die populärste Erscheinung in seiner Partei, war im Kabinett nur Verhandlungsvorsitzender, ohne eigene durchdachte Konzeption, aber sehr gewandt in der Leitung und ebenso begabt im Ausgleichen. Unumstritten war in der Regierung und der Koalition die Autorität des Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Wiederholt hat er gerade in diesen Wochen, meist zurückhaltend, die Ministerratssitzungen geleitet.

In der Friedenspolitik waren die beiden entscheidenden Figuren Brockdorff-Rantzau und Erzberger, Minister ohne Portefeuille und Waffenstillstandskommissar. Brockdorff, liberaler holsteinischer Aristokrat, seit Kriegsbeginn Anhänger eines Verständigungsfriedens, Gesandter in Kopenhagen, war der außenpolitische Vertrauensmann Eberts und Scheidemanns schlechthin; er wurde persönlich auch allseitig respektiert und war von einer faszinierenden Wirkung auf seine engere Umgebung, gerade die Friedensdelegation. Aber er war wortkarg, ein schlechter Redner und unerfahren in der Innenpolitik. Selbstbewußt, streng und ständig auf Formen bedacht, von einer rigorosen Ehrauffassung und äußerst empfindlich, beanspruchte er, jederzeit zum Rücktritt bereit, die selbständige Führung der Außenpolitik. Als Leiter der sechsköpfigen Friedensdelegation in Versailles, der die Minister Landsberg von der SPD und Giesberts vom Zentrum angehörten, hatte er sich von der Regierung Ermächtigungen in einem Ausmaß ausbedungen, die mit deren parlamentarischer Verantwortung nicht mehr zu vereinbaren waren.

Erzberger dagegen, Volksschullehrer, Kleinbürger von der Schwäbischen Alb, seit 1903 im Reichstag, war einer der versiertesten Parlamentarier mit einem fast enzyklopädischen politischen Wissen, flink, von unerschöpflicher Vitalität und Ar-

beitskraft, beredt in allen Gremien, vorausschauend und bestimmt in seinen Zielen, geradezu voll Lust, Entscheidungen zu treffen, Verantwortung zu übernehmen, wendig, findig und pfiffig in der Durchführung. Dabei war er dreist, formlos, geschwätzig und von virtuoser Taktlosigkeit – unausstehlich, aber unentbehrlich.

Er gehörte zum linken, demokratisch-sozialen Flügel des Zentrums. 1914 hatte er Kriegsziele verkündet, die noch härter waren als jetzt die alliierten Bedingungen. Aber im Sommer 1917 hatte er früher als die meisten anderen den einsetzenden Umschwung in der militärischen Lage schnell und klar erfaßt und den entscheidenden Anstoß zur Reichstagsresolution für einen Verständigungsfrieden gegen die Annektionspolitik gegeben. Ihn hatten nicht so sehr humanitäre oder pazifistische Motive bestimmt, als die Sorge um Einheit und Bestand des Reiches und die Furcht vor Radikalisierung der Sozialdemokraten wie vor Abwanderung der starken katholischen, das Zentrum wählenden Arbeiterschaft nach links bei Kriegsverlängerung. Damals hatte sich aus den jetzigen Regierungsparteien eine Aktionsgemeinschaft im Reichstag zur Durchsetzung des Verständigungsfriedens und der Parlamentarisierung formiert. Sie hatte im Oktober 1918 die Regierung unter Prinz Max von Baden gebildet. Erzberger hatte seine Partei aus der ausbalancierenden, durch Glaubensdisziplin festgefühten Mittelposition zwischen rechts und links entgegen aller Tradition nach links gedrängt. Seit 1917 hatte er seine eigene Partei, damals ohne feste Führung, auf das äußerste strapaziert, sie nachträglich immer wieder zur Gefolgschaft getrieben, wenn nicht durch vollendete Tatsachen gezwungen. Bei der Rechten wie in konservativen und nationalistischen Kreisen des Zentrums konnte seine negative Popularität kaum überboten werden. Als Waf-

fenstillstandskommissar regierte er, um die vielfältigen Bedingungen zu erfüllen, in alle Ressorts aus Notwendigkeit, aber auch aus Leidenschaft hinein, »Reichsminister für alles«, mit allen im Konflikt.

Erzberger und Brockdorff konnten persönlich einander nicht ertragen. Aber entscheidend waren ihre Gegensätze in der Friedenspolitik. Brockdorff rechnete seit März 1919 mit einem alliierten Friedensvertragsdiktat. Durch äußerste diplomatische Anstrengungen und durch Konzessionen suchte er erträgliche Friedensbedingungen auf der Grundlage der vierzehn Punkte, von denen er unbeirrt, fast dogmatisch ausging, noch zu erreichen. Seinen Kommissionen hatte er unüberschreitbare Grenzen, was vor allem die Erfüllbarkeit des Vertrages, den territorialen Bestand und die Ehre des Reiches anging, gesetzt.

Aber er war ebenso entschlossen, es gegebenenfalls auf Ablehnung ankommen zu lassen, auch auf die Gefahr einer, wie er überzeugt war, nur vorübergehenden Auflösung des Reiches. Die Ablehnung würde wie ein Keil die alliierte Front durchstoßen, die mühsam geschaffen war und nur an der Oberfläche bestand. Die Ententemächte würden mit ihren gegensätzlichen Interessen, bei deren innerer Labilität und der angelsächsischen Angst vor dem Bolschewismus über kurz oder lang annehmbare Bedingungen anbieten.

Dagegen war Erzbergers strategisches Ziel seit 1917, den jeweils günstigsten Friedensschluß entsprechend den Situationsveränderungen zu erreichen. Im Oktober und November 1918 hatte er sich gegen einen Abbruch der Verhandlungen mit Wilson gewehrt. In den nächsten Monaten hatte er die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens trotz äußerst harter Bedingungen gegen den Willen Brockdorffs durchgesetzt. Jetzt ging es darum, die Ablehnung des Friedensvertrages, wenn im

wesentlichen Bestand und Einheit des Reiches gewahrt bleiben, zu verhindern. Hauptkriegsziel Frankreichs war die Aufteilung Deutschlands. Der Einmarsch alliierter Truppen konnte zu einer dauernden, zumindest langfristigen territorialen und wirtschaftlichen Abtrennung der Süd-, West- und sogar einiger norddeutscher Staaten, wie Hannover und Schleswig-Holstein, führen. Das erschöpfte Deutschland wäre nicht imstande, die Ablehnung durchzuhalten. Die Arbeiterschaft würde radikalisiert, in den Großstädten wäre mit Räteherrschaft zu rechnen, der Bürgerkrieg unvermeidlich. In jedem Fall würde der Friedensvertrag unterzeichnet, sei es durch Länder, sei es durch eine gesamtdeutsche Regierung aus Sozialdemokraten und Unabhängigen oder aus diesen und Kommunisten. Zur erdrückenden Last der Friedensbedingungen käme die Gefahr einer grundlegenden Systemveränderung. Wer die Macht in Deutschland behalten wollte, mußte unterzeichnen.

Die Bedingungen übertrafen weit die schlimmsten Befürchtungen der Regierung. Das Volk war aufgewühlt, niedergeschmettert und empört, wie manche hier im Saal es erlebt haben. Das Reichsministerium nannte in seiner Sitzung vom 8. Mai den Vertrag »unerträglich und unerfüllbar«, aber einigte sich, nicht mit einem »unannehmbar« die Verhandlungen sofort abzubrechen, sie vielmehr mit aller Energie aufzunehmen.

Am 12. Mai wurde die Nationalversammlung nach Berlin einberufen. In der Kabinettsitzung, wenige Stunden vorher, verlangten die Minister der Demokraten auf Ersuchen ihrer Fraktion, Scheidemann müsse in seiner Regierungserklärung das Wort »unannehmbar« aussprechen. Erzberger warnte: Die Regierung habe daran zu denken, was in drei bis vier Wochen erfolgt. Doch die Demokraten bestanden unter Rücktrittsdrohung auf ihrer Forderung.

Der demokratische Abgeordnete Koch-Weser notierte: »Jetzt ist der Augenblick da, wo wir, die wir so oft durch die Lage der Dinge genötigt waren, der Linken nachzugeben, zu einer Führerrolle benötigt werden.« Auch die SPD-Fraktion hatte sich gegen fünf Stimmen für das eindeutige Wort entschieden.

In der Nationalversammlung sagte Scheidemann: »Der Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar...« und am Schluß mit seinem Hang zu Pathos und radikaler Rhetorik spontan: »Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?« Der stenographische Bericht vermerkt: »Minutenlanger, brausender Beifall. Die Versammlung erhebt sich.«

Auch für die Unabhängigen waren die Bedingungen unerfüllbar, aber sie forderten die Unterzeichnung, um sofort den Kriegszustand zu beenden. »Die Weltrevolution auf dem Marsch« würde auch »den Friedensvertrag revidieren«. Sogleich gingen sie an die Basis und appellierten auf großen Massenversammlungen an den Friedenswillen der Bevölkerung.

Ebert hatte Scheidemanns Rede voll zugestimmt, aber dieser hatte ihn gewarnt, sich selbst öffentlich festzulegen. Ein Ministerpräsident wäre jederzeit in der Lage zu demissionieren. Der Rücktritt des Reichspräsidenten gerade in dieser Situation könnte eine Staatskrise auslösen. Trotzdem sagte Ebert einen Tag später in einer öffentlichen Ansprache: »Wir werden diesen Vertrag nicht unterzeichnen, komme was da wolle.«

Zunächst überschüttete die Friedensdelegation die Alliierten mit juristisch gründlich ausgearbeiteten Notizen zu Einzelbestimmungen, um die Widersprüche mit den vierzehn Punkten zu demonstrieren, aus Propaganda und in der Hoffnung, die Alliierten letztlich noch zu Verhandlungen zu drängen. Erzberger irritierte die juristische Argumentation und aggressive

Form. Vor allem auf seine Veranlassung kam es zwischen der Regierung in Weimar und Brockdorff in Versailles zu ernstesten Konflikten. Dieser weigerte sich mit Berufung auf seine Ermächtigung, Kabinettsweisungen auch nur zu beachten. Beide drohten mit Rücktritt, aber in diesem Moment hatte Brockdorff die stärkere Position.

Im Gegenzug zu Brockdorffs Eigenmächtigkeit hatte Erzberger auf eigene Faust hinter dessen Rücken mit dem amerikanischen Oberst Conger, inoffizieller Emissär in Deutschland mit Verbindungen bis zu Wilson und mit vielseitigen Beziehungen zu maßgeblichen deutschen Kreisen, verhandelt. Conger hatte wiederholt gewarnt, der Viererrat, auch Wilson, wäre fest entschlossen, die Annahme des Friedensvertrages, gegebenenfalls durch Einmarsch, zu erzwingen. Erzberger nannte am 19. Mai Conger bestimmte Konzessionen, die die Entente machen müsse, um die Annahme des Vertrages der Nationalversammlung gleichsam innenpolitisch zu ermöglichen. Ein gewisses Maß an »Camouflage«, wie er sagte, wäre nötig, aber er könne es machen. Seine Aktion war vergeblich. Zwar stimmte sein Angebot vielfach mit Brockdorffs Plan überein, aber er selber hatte enthüllt, daß im Reich an der Spitze eine einheitliche Widerstandsfrent nicht mehr bestand, was dem Geheimdienst der Alliierten vielleicht nicht unbekannt war.

Je näher der Tag der Entscheidung rückte, desto nervöser wurde die Regierung. Sie sei wie ein Hühnerhof, über dem der Habicht schwebe, schrieb der Generalkommissar der Delegation seiner Frau. Am 26. Mai überreichte diese Delegation Gegenvorschläge, eine Art Gegenfriedensvertrag. Die Vorschläge zeigten erhebliches Entgegenkommen in der Reparationsfrage auf Anraten der Bankiers gegen den Willen der Reichsfinanzverwaltung. Am stärksten näherten sie sich gegen den Wider-

spruch Groeners und Reinhardts, aber mit Zustimmung Noskes den militärischen Bedingungen. Auf diese Weise hoffte man, die Abtretungsforderungen abzuwehren. Der deutsche Gegenvorschlag blieb jedoch weit hinter den alliierten Forderungen zurück. Regierung wie Delegation, Brockdorff wie Erzberger, wollten mit den Gegenvorschlägen trotz der bis an die äußerste Grenze gehenden Belastung den Ententemächten die Ablehnung schwer machen.

General Groener hatte schon am 21. Mai an die Generalkommandos die Rundfrage gerichtet, wie die Bevölkerung zur Wiederaufnahme des Krieges stehen würde. Es ging um die Bereitschaft zur militärischen Verteidigung, um Standhaftigkeit der Zivilbevölkerung und um die Möglichkeit innerer Unruhen.

Erlasse über das Verhalten der Beamten unter einer feindlichen Kommission wollte das Kabinett nicht herausgeben, weil durch sie die Propaganda der Unabhängigen für die Unterzeichnung entfacht würde.

Auf Erzbergers Anregung sollte eine Intervention der neutralen Staaten herbeigeführt und mit deren Gesandten in Berlin vorbereitet werden. Es ging dabei auch um die Besänftigung der immer ungeduldiger werdenden Fraktionen, ihnen zu zeigen, daß kein Mittel unversucht gelassen werde. Doch Brockdorff warnte dringend, wieder unter Androhung des Rücktritts. Erfolgreiche auswärtige Politik könne nicht durch innenpolitische Erwägungen bestimmt werden.

Am 31. Mai unterrichtete der Minister Landsberg von der Friedensdelegation die Regierung über deren Vorstellungen für den Fall der Ablehnung der deutschen Gegenvorschläge und den eines Ultimatums. Sie liefen auf Nichtunterzeichnung hinaus. Aber die Aussprache wurde vertagt. Da verlangte Erzberger von Scheidemann eine Kabinettsberatung über die Folgen

von Annahme oder Ablehnung binnen weniger Tage, damit die Regierung nicht durch ein alliiertes Ultimatum unter Zeitdruck gesetzt würde. Scheidemann wollte die Beratung bis zur Antwort der Entente zurückstellen. Aber Erzberger bestand auf seiner Forderung. Falls das Kabinett die Unterzeichnung verweigern würde, träte er zurück.

Der Regierung legte er ein Exposé mit Alternativprognosen für den Fall der Annahme oder Ablehnung vor mit dem Ergebnis, daß die Unterzeichnung das kleinere Übel wäre. Das Kabinett beriet am 3. und 4. Juni wieder in Abwesenheit Brockdorffs. Erzberger sagte: Die Erhaltung des Reiches müsse der maßgebliche Leitsatz der Regierung sein. Das bisherige »unannehmbar« sei nur taktisch ausgesprochen. Ihm schloß sich Noske an – die Haltung der Truppen werde immer unsicherer, die Agitation der Unabhängigen zeige beachtliche Erfolge – und ebenso der sozialdemokratische Minister David. Wer nein sage, mache eine heroische Geste, wer ja sage, werde mit Schmach überhäuft und als Feigling bezeichnet, aber das Ja sei heldenhafter als das Nein. Nur eine neue Regierung könne unterschreiben, der Reichspräsident müsse bald nach neuen Persönlichkeiten Ausschau halten, meinte der sozialdemokratische Minister Wissel. Die überwiegende Mehrheit blieb bei Ablehnung der Unterzeichnung. Aber die scheinbar bisher noch bestehende Ablehnungsfront war durchbrochen. Ebert sagte am Schluß: »Das Unannehmbar ist maßgebend, aber Einigkeit im Kabinett ist unentbehrlich. Gewisse Vorbereitungen bei dem Einmarsch muß man treffen.«

Man suchte nach Um- und Auswegen. Aus der Ablehnungsmajorität im Kabinett heraus wurde die Unterstellung Deutschlands mit allen Souveränitätsrechten und der gesamten Regierungsgewalt unter die Entente oder den Völkerbund erwogen.

Erzberger warnte: Die Entente würde nicht mit Deutschland, sondern mit den einzelnen Ländern eine Einigung anstreben. Der Völkerbund wäre vor der Ratifizierung nicht aktionsfähig, würde aber mindestens die Gebietsabtretung glatt fordern. Er hatte seinerseits bei Ablehnung der Gegenvorschläge sofortige Neuwahlen unter Voraussetzung einer Waffenstillstandsverlängerung angeregt, ließ aber den Plan wegen des Risikos bei der inneren Lage fallen. Am 7. Juni notierte Scheidemann in sein Tagebuch: »Große Sorgen machen uns die Andeutungen in der Presse, daß das Kabinett nicht einig sei in der Frage der Unterzeichnung. Das Verhalten der Unabhängigen finde ich schandbar, wir müssen unterzeichnen.«

Die Stimmung an der Basis durfte nicht unbeachtet gelassen werden. Im besetzten Rheinland waren von den Zentrumskreisen Bestrebungen zur Jahreswende ausgegangen, das linksrheinische Gebiet von Preußen zu lösen. Man hoffte, so günstigere Okkupationsbedingungen zu erreichen und der Bildung eines vom Reich abgetrennten rheinischen Pufferstaates durch Frankreich zuzuvorkommen. Unter Vorsitz des Kölner Oberbürgermeisters Adenauer war ein Ausschuß zur Vorbereitung der Pläne für die Errichtung »einer westdeutschen Republik im Verband des Deutschen Reiches und auf dem Boden der zu schaffenden deutschen Reichsverfassung« gebildet. Aus Sorge vor Folgen der expansiven französischen Sicherheitspolitik war Adenauer für die Bildung eines Rhein-Ruhr-Staates, der das Rheinland, Westfalen und die Pfalz, besetztes und unbesetztes Gebiet, umfassen sollte innerhalb des Reiches, eingetreten. Aber es gab auch sehr viel weitergehende Pläne. Am 21. Mai versuchten Separatisten mit Hilfe der französischen Besatzung eine rheinische und eine pfälzische selbständige Republik auszurufen, scheiterten aber am Widerstand vor allem der Arbeiter-

schaft. Vergeblich hatte Adenauer eine Initiative der Reichsregierung zur Unterstützung der Ausschlußpläne erhofft. Am 2. Juni verhandelte eine Delegation unter ihm mit Brockdorff in Versailles. Auf dessen Warnung hin ließ Adenauer den Plan fallen. Aber damit war zu rechnen, daß Frankreich im Fall der Nichtunterzeichnung die Bildung eines Pufferstaates mit Unterstützung weiter rheinischer Kreise betreiben würde.

Gegenläufige Bestrebungen zeigten sich in Ost- und Westpreußen, nämlich im Fall der Unterzeichnung sich von der Reichspolitik zu lösen und mit Gewalt die vorgesehene Abtretung ostdeutscher Gebiete zu verhindern. Deutsche Volksräte hatten sich gebildet, gestützt auf Honoratioren und Militärs, um die Bildung eines selbständigen ostdeutschen Staates gegen die Friedensbedingungen vorzubereiten. Vom Kernland Preußen sollte die Deutschland wieder erstarkende Kraft ausgehen. Diese Pläne fanden als letzte Eventualität auch Unterstützung bei dem ostpreußischen Oberpräsidenten, dem sozialdemokratischen Reichskommissar Winnig, selbst, und zwar ganz entschieden, bei dem preußischen Kriegsminister Reinhardt, einem Württemberger.

Nach einem Wunsch des Reichsministeriums sollten die süddeutschen Regierungen sich beim Einmarsch feindlicher Truppen zugleich möglichst mit den Landtagen nach Berlin absetzen. So sollte der Abschluß separater Verträge und die Bildung eines Rheinbundes verhindert werden. Diesen Wunsch lehnten Hessen, Baden und Württemberg ab. Dann würden die Besatzungsmächte Neuwahlen und Volksabstimmungen veranlassen. Die Bevölkerung wäre apathisch und zermürbt. Am stärksten gefährdet war Bayern. Beim Abrücken der deutschen Truppen könnte die Räterepublik, die am 2. Mai mit militärischer Gewalt aufgelöst war, wiederhergestellt werden, und man würde

mit der Entente einen Sonderfrieden abschließen. Dazu schien aber auch der klerikale Adel bereit zu sein.

Eine Woche vorher, am 12. Juni, war der Regierung bekannt geworden, daß der amerikanische Oberst Conger, mit dem Erzberger verhandelt hatte, einen Major von Groeners Stab und einen privaten Gewährsmann informiert hatte, die Entente-truppen würden geschlossen bei Unterschriftsverweigerung die Linie Stuttgart–Marburg–Schlüchtern–Hamm besetzen. Kampflostige Truppen wären durch umfangreiche Propaganda aufgestachelt. Deutschland wäre wieder Störenfried, so daß die Soldaten nicht in die Heimat entlassen werden könnten. Die Truppen würden rücksichtslos vorgehen, Schwarze eingesetzt.

Am 13. Juni lehnten die Alliierten die deutschen Vorschläge mit nur einer wesentlichen Ausnahme ab: Anstelle der Abtretung Oberschlesiens sollte eine Volksabstimmung stattfinden. Drei Tage später forderten sie unter Androhung sofortigen Einmarsches die Annahme der Bedingungen binnen einer Woche. So gaben sie der Regierung keinen Anlaß, das »Unannehmbar« aufzugeben.

Die Friedensdelegation hatte eine Denkschrift mit der Empfehlung, »den unerträglichen, unerfüllbaren, rechtsverletzenden und unaufrichtigen Vertrag abzulehnen«, aufgesetzt und sie geschlossen unterzeichnet, um Druck auf die Regierung auszuüben.

Das Kabinett beriet unter Vorsitz Eberts am 18. Juni bis in die frühen Morgenstunden. Ebert hatte vor der Sitzung Brockdorff allein gesagt, er werde diese Bedingungen nicht annehmen. Am Nachmittag erklärte er: »Wenn die Front in der Heimat geschlossen geblieben wäre, hätte sie es wohl auf Ablehnung ankommen lassen können. In dem Augenblick aber, als es durch eine Indiskretion bekannt wurde, daß das Kabinett gespalten

sei, habe die Partie als verloren gelten müssen. Es wäre jetzt die Aufgabe der Regierung, sich damit abzufinden. Er für seine Person sei bereit, die Konsequenzen zu ziehen.« Brockdorff schrieb: »Fest steht, daß seit diesem Augenblick eine energische Aktion im Sinn der Ablehnung nicht mehr möglich erscheint.« Die Abstimmung in der Nacht ergab sieben gegen sieben Stimmen. Mit Erzberger hatten die beiden Zentrumsminister, auch Giesberts, der vor wenigen Stunden noch die Denkschrift der Friedensdelegation unterzeichnet hatte, und ebenso David wie Noske gestimmt; dagegen: Scheidemann, Landsberg, die drei demokratischen Minister sowie Brockdorff. Ebert stellte die Aktionsunfähigkeit der Regierung fest. Noch sollte eine Einigung der Mehrheitsparteien versucht werden. Erzberger war in der Sitzung sehr zurückhaltend und hatte sie mehrfach verlassen, um in die Nationalversammlung zu gehen. Ihm gelang es am Tag darauf, dem 19. Juni, nach mehrtägiger Vorbereitung im Zentrumsvorstand, vier Fünftel der Zentrumsfraktion für die Annahme des Vertrages ohne die beiden Ehrenklauseln, die Schmachparagrafen, wie sie allgemein genannt wurden, zu gewinnen. Nunmehr verständigte er die Sozialdemokratie. Die se wollte die Unterzeichnung nicht von den beiden Vorbehalten abhängig machen, aber die Zentrumsbedingungen dulden. Es stimmten 75 für und 59 gegen die Annahme. Damit schien die Annahme im Parlament sicher. Auf die Demokraten versuchte vor allem Ebert einzuwirken. Er drohte ihnen mit seinem Rücktritt. Aber sie blieben bei ihrer Ablehnung. Nur zehn süddeutsche Abgeordnete votierten für die Annahme. General Groener, Württemberger, hatte sich am Abend vorher schnell mit Noske geeinigt, daß die Annahme des Friedensvertrages nicht zu vermeiden wäre, obwohl er Brockdorff schätzte und Erzberger verachtete. Im April hatte er Brockdorff ermun-

tert, in Versailles hart zu bleiben. Seine Rundfrage vom 21. Mai über die Kampfbereitschaft hatte in jeder Hinsicht negative Antworten erbracht, wie er es erwartet hatte. Sie brauchte er zur Argumentation gegenüber den Offizieren. Groener hatte die Information Congers, dem er vertraute, stark beeindruckt.

Am 17. Juni hatte er in einer begründeten Denkschrift dargelegt, daß Widerstand militärisch und wirtschaftlich aussichtslos sei, »wenn nicht in einem Vierteljahr auch die Revolution durch England und Frankreich marschierte« und wenn »der Wiederausbruch revolutionärer Bewegungen in Deutschland niedergehalten würde und die Wehrfähigen zu den Fahnen kämen«.

In einem Kriegsrat, ebenfalls am 19. Juni, erklärten die Generale, die Truppen würden auch auf Regierungsbefehl die abzutretenden Gebiete nicht räumen. Wieder sagte Reinhardt, von einem separaten Oststaat müsse der Wiederaufstieg Deutschlands ausgehen. Groener notierte: »Die politische Auffassung der Offiziere war naiv, militärisch begrenzt, von engem Horizont«. Noske und Groener entgegneten scharf und eindeutig. Mit dem Reichswehrminister gehe er durch dick und dünn, sagte Groener, und Noske: es werde erwogen, daß er als Reichswehrminister zugleich Reichsministerpräsident werde. Hierbei wäre Bedingung, daß er auch im Falle der Unterzeichnung der Unterstützung der Offiziere sicher wäre. Groener resümierte in einer Aufzeichnung: »Das persönliche Vertrauen wird dem Reichswehrminister wohl von allen Anwesenden ausgesprochen; für den Fall der Annahme jedoch nur bedingt, d. h. es wurde die Ablehnung der Schmachparagraphen gefordert.«

Am Nachmittag hatte das Staatenhaus, provisorischer Vorgänger des Reichsrates, mit Chefs und Vertretern der Länderregierungen, unter Vorsitz des demokratischen Reichsfinanzmini-

sters Dernburg getagt. Brockdorff warb, auf seine persönliche und diplomatische Autorität pochend, um Ablehnung. Einen inneren Umschwung der Ententemächte sagte er mit näheren Angaben voraus. In zwei bis drei Monaten wären sie zu Verhandlungen bereit. Erzberger sprach für die Annahme mit seiner bekannten Argumentation und Verwendung der Information Congers. Als Groener sich zur militärischen Lage äußern wollte, hinderte ihn Dernburg daran: »Der Kerl will schlappmachen«, sagte er leise zu Brockdorff. Die Regierungschefs von Baden, Württemberg und Hessen, der von einem etwaigen Einmarsch betroffenen Gebiete, aber auch von Sachsen, traten für die Unterzeichnung ein. Die Bevölkerung wolle zu 85 bis 90 % das »Ja« hören. Gegen die Unterzeichnung waren Preußen, Lippe-Detmold, Mecklenburg und die Hansestädte.

Im Anschluß an die Kabinettsitzung vom gleichen Tag, die um 10 Uhr abends begonnen hatte, zeigte Scheidemann dem Reichspräsidenten die Demission der Regierung an.

Den Demokraten war nicht wohl, daß sie sich mit ihrer Ablehnung auf die Seite der Rechten stellten. Noch am Abend verständigten sie sich auf einen Vermittlungsvorschlag, der über die Streichung der beiden Ehrenklauseln hinausging. Die Zahl der Unterzeichnungsbereiten war von zehn auf sechs gesunken.

Das Kabinett akzeptierte am 21. Juni den Vorschlag trotz Brockdorffs Ablehnung. Aber schließlich fand sich niemand bereit zur Unterzeichnung. So unterblieb die Absendung.

Seit dem Vormittag des 21. bemühte sich Ebert um die Neubildung des Kabinetts. David und Hermann Müller, Parteivorsitzender und außenpolitischer Experte der Fraktion, hatten abgelehnt. Ebert sagte in einem Gespräch mit Groener, er denke an den Arbeitsminister Bauer, der sich am 3. Juni noch eindeutig gegen die Annahme ausgesprochen hatte. Er galt als erfah-

rener Fachminister, Ebert durchaus ergeben, aber eine farblose Erscheinung. Eine Ernennung Noskes lehnte Ebert im gleichen Gespräch ab. Seine Wahl würde auf die Arbeiterschaft eine provozierende Wirkung ausüben, was Groener einleuchtete. Für das auswärtige Amt hatte er Graf Bernstorff, früher Botschafter in Washington, jetzt Leiter der Geschäftsstelle der Friedensdelegation in Berlin, vorgesehen, »um einem anderen die Tür zu versperren«, wie er sagte, damit war vielleicht Erzberger gemeint. Auch Bernstorff lehnte ab.

Mittags war die neue Regierung gebildet, aus sechs Sozialdemokraten und vier Zentrumsmitgliedern. Bauer war Reichsministerpräsident, Erzberger Finanzminister. Von den sieben sozialdemokratischen Ministern waren nur Scheidemann und Landsberg ausgeschieden. Ebert hatte versucht, Demokraten als Fachminister zu gewinnen. Das aber hatte die Fraktion verboten. Bei den in aller Eile geführten Koalitionsabreden sagten auf Drängen Eberts die Sozialdemokraten zu, »die Forderungen des Zentrums auf kulturellem Gebiet zu berücksichtigen, insbesondere die nach der Konfessionsschule«.

In der Sitzung der Nationalversammlung am Sonntag, dem 22. Juni, erklärte der neue Präsident des Reichsministeriums die Bereitschaft, den Friedensvertrag, aber ohne die Ehrenklauseln, zu unterzeichnen. Gröber vom Zentrum sagte: »Unsere Zustimmung findet eine unüberschreitbare Grenze mit der Rücksicht auf die Ehre des deutschen Volkes.« Der unabhängige Sozialist Hase trat bei scharfem Protest gegen den Vertrag für vorbehaltlose Unterzeichnung ein: »Es wäre unverantwortlich, wenn eine Regierung, die gerade in Kenntnis, welche fürchterlichen Folgen ein Abbruch der Friedensverhandlungen hat, gerade an diesen zwei Punkten den Vertrag scheitern lassen würde.«

Die namentliche Abstimmung ergab von 580 Stimmen 237 mit ja, 138 mit nein sowie 5 Enthaltungen. 43 Abgeordnete fehlten, darunter fünf Demokraten und 29 Sozialdemokraten. Von diesen begründeten 15 in einer öffentlichen Erklärung ihr Fehlen mit Ablehnung, auch Landsberg, aber nicht Scheidemann, die beide bei der Abstimmung nicht anwesend waren.

Die Annahmenote der Reichsregierung mit den Vorbehalten wurde am gleichen Tag von Paris abgelehnt. Das wurde kurz vor Mitternacht in Weimar bekannt. Noch in der Nacht bat die Regierung um eine 48stündige Fristverlängerung. Auch sie wurde abgewiesen.

Noske war am Abend noch mit seinem Stab nach Berlin gefahren, wohl im Glauben, vor Überraschungen sicher zu sein. In Jüterbog wurde der Zug angehalten und Noske zurückgeholt. In Weimar sagte ihm General Maercker, dem die Truppen zum Schutz von Regierung und Nationalversammlung unterstanden, bei vorbehaltloser Unterzeichnung stünde das Offizierskorps nicht mehr hinter der Regierung. Die Aufrechterhaltung der Ordnung wäre daher nicht mehr gewährleistet. Telefonisch hatte General Lüttwitz von der Möglichkeit einer Militärrevolte gesprochen. Nunmehr erklärte Noske seiner Fraktion und dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt bei Unterzeichnung. Aber die Fraktion bat ihn einstimmig zu bleiben und ebenso Ebert.

Maercker berichtete dem Zentrum, was Noske gesagt hatte. Dieser bestätigte seine Äußerung. Eine Probeabstimmung ergab kurz vor 12 Uhr bei einigen Enthaltungen 68 Stimmen, darunter die der vier Reichsminister, gegen, und 14 Stimmen für die Unterzeichnung. »Anarchie bei Unterzeichnung – Anarchie bei Ablehnung«, schrieb Erzberger in seinen Erinnerungen. Die Sozialdemokratie hielt mit Mehrheit an der Annahme fest.

Über das Ergebnis der Zentrumsabstimmung waren die anderen Parteien bestürzt. Eine Reihe der ablehnenden Abgeordneten wünschte die Annahme, wollte sich aber nicht mit der Schmach der Zustimmung besudeln. Aus Kreisen der Opposition wurde das Zentrum offen bedrängt, für die Unterzeichnung zu stimmen.

In einer Besprechung der Parteiführer beim Reichspräsidenten kurz nach 12 Uhr fragte Erzberger die Opposition, ob sie bereit wäre, eine Regierung zum Zwecke der Ablehnung zu bilden, gegebenenfalls mit den Nein-Sagern der beiden Koalitionsparteien. Es war nur eine rhetorische Frage, die Hilflosigkeit demonstrierte. Ebert rief Groener in Kolberg an. Vor der Küste kreuzten englische Zerstörer, bereit, bei Ablehnung Kolberg zu beschießen und die oberste Heeresleitung gefangenzunehmen. Am Bahnhof standen die Sonderzüge unter Dampf. Groener sagte am Telefon: »Der Friede muß unter den gestellten Bedingungen abgeschlossen werden. Ich halte es für notwendig, daß der Reichswehrminister Noske die Führung des Volkes und die Verantwortung für den Friedensschluß übernimmt. Nur, wenn er in einem öffentlichen Aufruf die Notwendigkeit des Friedensschlusses darlegt und von jedem Offizier verlangt, daß er bei Unterzeichnung des Friedens auf seinem Posten bleibt, besteht die Aussicht, daß das Militär sich hinter ihn stellt und damit jede Umsturzbewegung sowie ein Kampf nach außen im Osten verhindert werden.«

In der sozialdemokratischen Fraktion war am Vormittag das Abstimmungsergebnis mit 163 Ja- und 153 bis 156 Neinstimmen, in der Volkspartei mit 152 und 153 Stimmen, geschätzt worden. Das Abstimmungsergebnis schwankte um wenige Stimmen. Nunmehr boten die Fraktionsvorsitzenden der Volkspartei, der Deutschnationalen und der Demokraten, um

gleichsam die Jasager zu ermuntern, an, die Ablehnungsparteien sollten ausdrücklich im Plenum die vaterländischen Motive der für die Unterzeichnung Stimmenden anerkennen.

Groeners telefonische Erklärung und das Oppositionsangebot brachten einen Stimmungsumschwung. Das Kabinett entschied sich für die Unterzeichnung. Noske wurde überstimmt und ließ sich überstimmen. Doch es gab Abgeordnete, die hatten vor der namentlichen Abstimmung Angst, denn dann wären die Namen der Abgeordneten mit der jeweiligen Stimmabgabe ins Protokoll aufgenommen worden und blieben damit für alle Zeiten bekannt. Bei der einfachen Abstimmung hingegen war in der Eile schwer festzustellen, wer wie durch Erheben von den Plätzen gestimmt hatte.

Am Nachmittag um 5 Uhr, vier Stunden vor Ablauf des Ultimatums, trat die Nationalversammlung zusammen. Der neue Reichsministerpräsident bat festzustellen, daß die Regierung ermächtigt bleibe, zu unterzeichnen. Die Vertreter der Demokraten und der Volkspartei erkannten die vaterländischen Motive der mit »Ja« Stimmenden an. Der deutschnationale Fraktionsvorsitzende Schulz-Bromberg sagte, wohl unter dem Druck seiner Fraktion, lediglich: »Die Partei setzt voraus, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung seine eigene Stellung nach bestem Wissen und Gewissen einnimmt.«

Der Reichstagspräsident Fehrenbach vom Zentrum, Anwalt aus Freiburg, geschulter Vorsitzender badischer Vereine, schritt überraschend schnell zur Abstimmung. Da beantragte Schulz-Bromberg namentliche Abstimmung. Sie wäre bei dieser Art von Entscheidung erforderlich gewesen. Aber der Präsident schnitt ihm das Wort ab: »Wir sind mitten in der Abstimmung ... Nimmt die deutschnationale Partei die Verantwortung auf sich, jetzt noch die Abstimmung hinauszuzögern und

eine namentliche Abstimmung zu verlangen?« Er bat diejenigen, die für eine Unterzeichnung stimmten, sich von den Sitzen zu erheben. »Das ist die große Mehrheit«, stellte er fest. Um 4 Uhr ging die Note nach Versailles ab.

Aus alliierten Dokumenten ist zu entnehmen: Die Vorbereitungen für den Einmarsch der alliierten Truppen, auch der amerikanischen, waren im Mai angelaufen. Mitte Juni hatte Marschall Foch eine Strategie »der militärischen und politischen Abspaltung der süddeutschen Staaten« dem Viererrat unterbreitet. Am 20. Juni beschloß der Viererrat den Vormarsch der verbündeten Truppen vorerst bis zur Weser. Foch hatte drei Tage vor Unterzeichnung die Vollmacht erhalten, gesonderte Waffenstillstandsabkommen abzuschließen.